



An das
Bundesministerium der Finanzen
Herrn MDg Dr. Schuy
Projekt PDG
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

BETREFF **Teilnahme an der Rahmenvereinbarung der Partnerschaften Deutschland
und Bevollmächtigung des BMF zur Durchführung des integrierten Vergabeverfahrens**

GZ **PDG - Vw 3190/07/0014**
DOK **2008/0273808**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben Kenntnis von der bevorstehenden Gründung der Beratungsgesellschaft Partnerschaften Deutschland und von dem geplanten Abschluss einer Rahmenvereinbarung zwischen der öffentlichen Hand und dieser Gesellschaft. Die Rahmenvereinbarung, auf deren Grundlage in Zukunft Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung von ÖPP-Projekten durch die Partnerschaften Deutschland für die öffentliche Hand erbracht werden können, liegt uns vor.

Wir,

Kreisausschuss des Landkreises

Darmstadt-Dieburg

Jägerstraße 207, 64289 Darmstadt

(Bezeichnung der öffentlich-rechtlichen Institution und Ort ihres Sitzes),

vertreten durch

Landrat Alfred Jakobek

und

Ersten Kreisbeigeordneten Klaus Peter Schellhaas

(Funktion und Name)

zeigen hiermit an, dass wir uns an der mit der Partnerschaften Deutschland abzuschließenden Rahmenvereinbarung als Auftraggeber beteiligen möchten. Dadurch erhalten wir die Möglichkeit, zu den in der Rahmenvereinbarung festgelegten Konditionen Beratungsleistungen der Partnerschaften Deutschland in Anspruch zu nehmen.

Uns ist bekannt, dass die Rahmenvereinbarung zur Einhaltung der vergaberechtlichen Anforderungen im Wege eines integrierten Vergabeverfahrens vergeben wird. In diesem Vergabeverfahren haben Unternehmen der Privatwirtschaft gleichzeitig die Möglichkeit, Anteile an der Beteiligungsgesellschaft und damit eine mittelbare Beteiligung an der Partnerschaften Deutschland zu erwerben (integrierte Vergabe).

Wir bevollmächtigen hiermit die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen, – unter Einräumung der Berechtigung, Untervollmacht zu erteilen – mit der Wahrnehmung unserer Interessen im Vergabeverfahren. Weiterhin bevollmächtigen wir die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen, zur Abgabe und Entgegennahme der erforderlichen Willenserklärungen zum Abschluss der Rahmenvereinbarung mit der Partnerschaften Deutschland. Dabei gehen wir davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland, vertreten

durch das Bundesministerium der Finanzen, die Interessen des Vollmachtgebers im Rahmen des integrierten Vergabeverfahrens vertritt. Bestehende haushaltsrechtliche Anforderungen und sonstige öffentlich rechtliche Verpflichtungen sind im Vergabeverfahren einzuhalten.

Darmstadt, 15. Juli '08

Ort, Datum



Unterschrift Vertretungsberechtigte/r

Landrat

Funktion

Alfred Jakoubek

Name in Blockschrift

Unterschrift Vertretungsberechtigte/r

Erster Kreisbeigeordneter

Funktion

Klaus Peter Schellhaas

Name in Blockschrift